



Aus der Zentrale von IN VIA

Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende Fluchtbewegung zahlreicher Frauen und Kinder geht uns alle an.

Hunderttausende - überwiegend Frauen und Kinder - verlassen derzeit ihr Zuhause, weil sie durch den Krieg an Leib und Leben bedroht sind; sie sind auf der Flucht. Man geht davon aus, dass es bis zu vier Millionen in den nächsten Wochen werden können. Väter, Brüder und Ehemänner bleiben zumeist zurück, um das Land zu verteidigen.

Mit den Bildern des Krieges und mit einer großen Angst und Sorge um die eigene und um die Zukunft derjenigen, die zurückgelassen wurden, kommen die Menschen mit nur wenig eigenen Dingen auch in Deutschland an.

Die Mitarbeiter*innen in den Bahnhofsmissionen heißen die Geflüchteten in den Bahnhöfen willkommen, leisten Erstversorgung, geben Raum, um zur Ruhe zu kommen und koordinieren die nächsten individuellen Schritte. Hier hat man in den Jahren 2015 – 2017 viel Erfahrung gesammelt in der Begrüßung und Unterstützung von Geflüchteten.

Neu ist heute, dass die Hilfesuchenden schwerpunktmäßig Frauen und Kinder sind. Sie sind besonders schutzbedürftig. Diese Tatsache ruft auch Menschenhändler auf den Plan. Sie bieten freundlich private Unterkünfte an und erkaufen sich somit das Vertrauen der Schutzbedürftigen. Sind diese nicht gewarnt, besteht die Gefahr, dass sie Human Trafficking zum Opfer fallen. Auf breiter Linie werden Hilfesuchende von helfenden Organisationen darüber informiert. Auch die Deutsche Bahn AG unterstützt das Anliegen der Aufklärung.

IN VIA-Verbände leisten mit ihrer Bahnhofsmissionsarbeit hier sehr wertvolle Hilfe. Verbände, die Wohnheime haben, bereiten Räume für die Geflüchteten vor, Angebote für geflüchtete Frauen werden an vielen Stellen ausgebaut. Danke an Sie alle, die Sie an den unterschiedlichsten Stellen mit-helfen!

Mädchen und junge Frauen leiden besonders unter den Pandemiefolgen - Spendenkampagne Women4Youth für gezielte Angebote und Hilfen

Die Kampagne Women4Youth unterstützt Mädchen und junge Frauen, die aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Belastungen den gesellschaftlichen Anschluss oder die berufliche Perspektive verloren haben.

Anlässlich des Internationalen Frauentags lenken die drei Projektinitiatorinnen IN VIA Deutschland, Hildegardis-Verein e.V. und Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB) den Blick auf diese jungen Frauen. „Frauensolidarität ist ein zentrales Thema im KDFB. Deshalb wollen wir junge Frauen unterstützen, denen Corona sehr zugesetzt hat und die nun neue Perspektiven für ihr Leben suchen. Sie brauchen Hilfe, damit wieder Normalität in Alltag und Arbeit einkehren kann“, so Maria Flachsbarth, KDFB-Präsidentin. Der IN VIA-Verband in Paderborn beispielsweise unterstützt Schülerinnen, die in der Pandemie den Anschluss in der Schule verloren und sich zurückgezogen haben, mit dem Projekt „Reset!!! Lernlust statt Schulfrust“.

Katrin Keller, Vorsitzende von IN VIA Deutschland, kritisiert, dass wichtige Angebote fehlen. „Aktuell stehen an vielen Schulen keine Berufsorientierungsangebote mehr zur Verfügung. Das muss sich dringend ändern! Zudem sind Mädchentreffs, die eine wichtige Funktion für die Identitätsentwicklung und das Miteinander der Mädchen innehaben, chronisch unterfinanziert. Hier braucht es eine infrastrukturelle Förderung durch die Kommunen.“

Auf der Webseite www.women4youth.de gibt es Informationen zu dem Projekt. Wer mit einer Spende dazu beitragen möchte, dass Berufsorientierungs- und Chancentage sowie Patinnen-Programme für möglichst viele junge Frauen stattfinden, kann unter Angabe von Projekt Women4Youth spenden an: Hildegardis-Verein e.V., IBAN: DE06 3702 0500 0001 7791 01, BIC: BFSWDE33XXX. Mehr unter <https://bit.ly/3KISswd>.

In einem Interview von DOMRADIO wurde Barbara Denz, die Generalsekretärin von IN VIA Deutschland, zur besonderen Situation von jungen Frauen im Zusammenhang mit der Pandemie befragt. Nachzuhören unter <https://bit.ly/35ZwCGe>.

Fahrraddemo am Internationalen Frauentag: Gewalt gegen Frauen

Die Rote Bank, Symbol gegen Gewalt an Frauen, stand im Mittelpunkt der IN VIA-Aktionen am diesjährigen Internationalen Frauentag in Freiburg, die in diesem Jahr endlich wieder in Präsenz stattfinden konnten.



Quelle: IN VIA Freiburg

Mit einer Fahrrad-Demo über die Sundgaullee in die Innenstadt haben Mitarbeitende und Unterstützer*innen die Rote Bank von Freiburg Lehen, dem Sitz von Diözesancaritasverband und IN VIA, zum Freiburger Rathausplatz transportiert und sie anschließend an den Bezirksverein für [Soziale Rechtspflege Freiburg](#) übergeben. Im Rahmen der Freiburger Aktionswoche unter Schirmherrschaft der [Stelle zur Gleichberechtigung der Frau](#) war IN VIA mit einem Stand auf dem Rathausplatz vertreten.

1,5 Millionen Kriegsflüchtlinge: Caritas hilft in der Ukraine und allen Nachbarländern - Bislang 6,8 Millionen Euro von Caritas international bereitgestellt - 166.000 Flüchtlinge in Russland – Caritas-Sozialprojekte in Russland fürchten um ihre Existenz

Caritas international hat seine Hilfe für die 1,5 Millionen Kriegsflüchtlinge in der Ukraine und allen Nachbarländern ausgebaut. Mit insgesamt 6,8 Millionen Euro steht das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes den Flüchtenden in der Ukraine, Polen und Moldawien zur Seite. Allein in der südrussischen Region Rostow sind seit Kriegsbeginn bereits 166.000 Geflüchtete angekommen und machen sich von dort aus in andere Teile Russlands auf. Auch hier sind die Notunterkünfte überlastet, und die humanitäre Not nimmt rasch zu. Besonders dramatisch ist die Situation nach wie vor in der Ukraine, wo die Caritas Ukraine sich unter schwierigsten Bedingungen um Menschen auf der Flucht kümmert, psychologische Unterstützung anbietet und Schutzräume für Kinder geschaffen hat.

„Nur die große Solidarität der Menschen in Deutschland ermöglicht uns diese umfassende Hilfe. Wir sind allen Privatspendern, Initiativen, Unternehmen, der Bundesregierung und vielen anderen überaus dankbar. Dieses Zeichen der Solidarität wird von den Caritas-Mitarbeitenden sowie den von ihnen unterstützten Menschen in der Ukraine und allen Nachbarländern als wichtiges Zeichen sehr dankbar wahrgenommen. Es zeigt ihnen, dass sie nicht allein gelassen werden. Dazu gehört auch

die warmherzige Aufnahme der ersten Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland“, so Oliver Müller. Spenden mit Stichwort „Ukraine CY01026“ werden erbeten auf: Caritas international, Freiburg Spendenkonto 202, Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe, BLZ 660 205 00, IBAN Nr.: DE88 6602 0500 0202 0202 02, BIC-Nr.: BFSWDE33KRL oder online unter www.caritas-international.de.

Kirche & Gesellschaft

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ): Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen - Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine

Kinder und Jugendliche sind angesichts des Krieges in der Ukraine auf breite Unterstützung angewiesen. Der Offene Brief von Prof. Dr. Karin Böllert (AGJ-Vorsitzende), Prof. Dr. Wolfgang Schröer (BJK-Vorsitzender 2019-2021) und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik des DJI verweist auf die hieraus erwachsenen besonderen Herausforderungen und dringenden Handlungsbedarfe. Mehr unter [Offener Brief Ukraine.pdf \(agj.de\)](#).

Bundesregierung beruft erstmals Antiziganismus-Beauftragten

Sinti*ze und Rom*nja kämpfen in Deutschland mit Jahrhunderte alten, tiefsitzenden Vorurteilen in weiten Teilen der Mehrheitsgesellschaft und sehen sich zunehmender Anfeindung und einer wachsenden Radikalisierung in der rechtsextremen Szene ausgesetzt. Der Rechtsanwalt Dr. Mehmet Daimagüler wird der erste Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Der Beauftragte ist im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelt und wird die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Antiziganismus koordinieren. Mehr unter <https://bit.ly/3lafXgb>.

102. Katholikentag stellt Programm vor: Leitwort leben teilen

Die Themenschwerpunkte und Herausforderungen des 102. Katholikentags vom 25. bis zum 29. Mai in Stuttgart wurden im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt gegeben: Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, gesellschaftliche Veränderungen nach zwei Jahren Pandemie, der Missbrauchsskandal und die Kirchenreform. Der Zentralrat der Katholiken (ZdK), verwies auch auf Neuerungen. Dazu zählt unter anderem das „Zentrum Regenbogen“ von und für queere Menschen und eine Lebenswelt für junge Erwachsene, die an der Schwelle zwischen Ausbildung und Beruf stehen. Zahlreiche prominente Persönlichkeiten hätten ihr Kommen zugesagt, darunter Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, die Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt sowie Winfried Kretschmann und Malu Dreyer. Mehr unter www.katholikentag.de/programm.

Ausbildung & Qualifizierung

Der Ausbau von Jugendberufsagenturen schreitet voran

Die Servicestelle im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) veröffentlicht Daten zu rechtskreisübergreifenden Kooperationsbündnissen am Übergang Schule – Beruf und verzeichnet einen Zuwachs an Jugendberufsagenturen: Insgesamt gibt es 353 Zusammenschlüsse von Agenturen für Arbeit, Jobcentern und Jugendämtern zu einem Kooperationsbündnis, um gemeinsam junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen. Mit dem Ergebnis einer quantitativen Online-Erhebung, die die im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) angesiedelte Servicestelle Jugendberufsagenturen durchgeführt hat, ist der bundesweite Bestand an Jugendberufsagenturen in allen Kreisen und kreisfreien Städten systematisch erfasst worden. *Quelle: BIBB*
Mehr unter www.servicestelle-jba.de.

Bildung

Umgang mit dem Thema „Krieg“ in Schulen und Schulbesuch für Geflüchtete

Aufgrund des Krieges in der Ukraine suchen zahlreiche Kinder und Jugendliche, meist zusammen mit ihren Müttern oder anderen Verwandten und Betreuer*innen, Schutz in Deutschland. In den nächsten Wochen und Monaten gilt das Engagement vieler gesellschaftlicher Akteur*innen ihrem Ankommen und der Unterstützung bei der Verarbeitung von Traumatisierungen. Um mit jungen

Menschen in Schulen und in weiteren Bildungsangeboten zum Thema „Krieg“ zu sprechen, gibt es Hinweise verschiedener Akteure, z.B. seitens der Stiftung Lernen durch Engagement: <https://bit.ly/3l7MKST> sowie von Kinderrechtsorganisationen: <https://bit.ly/3q4rGXh>. Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Bildung. In Deutschland gilt zudem eine Schulpflicht nach einer gewissen Aufenthaltslänge - je nach Bundesland. Den anstehenden Schulbesuch junger Geflüchteter bereiten einige Bundesländer bereits vor, z.B. NRW. Mehr unter <https://bit.ly/3Cl5eZ2>.

DigitalPakt Schule - weitere Beschleunigung nötig

Seit 2019 stehen Schulen für den Ausbau ihrer digitalen Infrastruktur Mittel aus dem DigitalPakt Schule zur Verfügung. Zusätzlich stehen ihnen Mittel für Leihgeräte an Schüler*innen und Lehrkräften zur Verfügung sowie Mittel zur Förderung von Administratoren, die sich um die digitale Technik kümmern. Die Länder haben dem Bund nun neue Zahlen zum Mittelabfluss im Digitalpakt gemeldet. Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger erklärt in einer Pressemeldung dazu: „Auch wenn der Digitalpakt Fahrt aufnimmt, bleiben die Zahlen hinter unseren Erwartungen zurück. Eine weitere Beschleunigung ist dringend nötig. Gemeinsam mit den Ländern will ich daher Hürden abbauen.“ Mehr unter <https://bit.ly/3w59JmM>.

Mädchen & Frauen

EU-Kommission schlägt EU-weite Regeln zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vor

Die EU-Kommission hat am Weltfrauentag eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vorgeschlagen. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie werden Vergewaltigung auf der Grundlage fehlender Einwilligung, Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen sowie Cyber-Gewalt unter Strafe gestellt. Für Opfer soll die Möglichkeit bestehen, in Strafverfahren Entschädigung zu verlangen. Darüber hinaus werden im Rahmen des Vorschlags angemessener und spezialisierter Schutz und Unterstützung gefordert, z. B. in Form von kostenfreien Beratungsstellen und Krisenzentren für Vergewaltigungsoffer. Auch ist eine gezielte Unterstützung für Gruppen mit spezifischen Bedürfnissen bzw. gefährdete Gruppen vorgesehen, etwa für Frauen, die vor bewaffneten Konflikten fliehen. Mehr unter <https://bit.ly/3Cle7SC>.

Raus aus der Corona-Erschöpfung

Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundesregierung zum internationalen Frauentag auf, die enorme Belastung von Frauen, insbesondere von Müttern und Pflegenden, in der Pandemie anzuerkennen und Abhilfe zu leisten. Am Ende der vierten Corona-Welle seien alle Kräfte aufgebraucht. Die Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Disziplin und der Verzicht, die die Pandemie Personen mit Sorgeverantwortung abverlange, könnten nicht dauerhaft aufrechterhalten werden, ohne ernsthaft krank zu werden. Frauen bräuchten jetzt eine Erholungsperspektive. Die Bundesregierung sollte die immensen Kraftanstrengungen vor allem von Frauen mit Sorgeverantwortung honorieren und alle Vorhaben zur partnerschaftlichen Verteilung von Sorgearbeit aus dem Koalitionsvertrag zügig umsetzen. Mehr unter: <https://bit.ly/3q63Udt>.

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Frauen mit Kindern in belasteten Lebenssituationen haben so gut wie keine Chancen auf dem angespannten Wohnungsmarkt und leiden besonders unter dem Mangel an bezahlbaren und geeigneten Wohnungen. Damit steigt für die Betroffenen auch die Gefahr, wohnungs- oder obdachlos zu werden. In einem Positionspapier zur Wohnungspolitik aus Frauen-Perspektive fordert der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF) eine stärkere Förderung von Modellprojekten und sieht die kommunale Politik in einer besonderen Verantwortung. So müssen die Kommunen für alle Bauvorhaben verbindliche Quoten für den sozialen Wohnungsbau beschließen und Frauen dabei vorrangig berücksichtigen. Aber auch die Kirchen sind gefordert, ihre Immobilien und Liegenschaften vermehrt für soziale Wohnprojekte einzusetzen. Mehr unter <https://bit.ly/36nVIUE>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit veröffentlicht Politikbrief: Eine #StarkeZukunft für alle!

Die individuelle Zukunft junger Menschen, aber auch die der Gesellschaft hängt davon ab, welche Perspektiven jungen Menschen eröffnet werden. Damit Jugendliche und junge Erwachsene mit guten und gerechten Chancen ins Leben starten, benötigen sie gezielte Unterstützung und konkrete Angebote, die sie dort erreichen, wo sie leben. Dafür setzt sich die BAG KJS ein. In einem [Politikbrief](#) adressiert sie entsprechende Anliegen an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und fordert notwendige Unterstützung ein.

Migration & Integration

Link-Übersicht des Informationsverbunds Asyl & Migration für Geflüchtete aus der Ukraine

Welche gesetzlichen Bestimmungen sind maßgebend für die Einreise und den Aufenthalt von Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland oder in die EU kommen? Wie erhalten sie eine Aufenthaltserlaubnis, Zugang zu Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt? Viele öffentliche Stellen und zivilgesellschaftliche Organisationen haben hierzu Informationen veröffentlicht. Der Informationsverbund Asyl & Migration hat eine Übersichtsseite eingerichtet, auf denen die Quellen verlinkt und die wichtigsten Punkte knapp zusammengefasst sind. Die Link-Übersicht umfasst unter anderem UN-HCR-Hilfeseiten zu einzelnen europäischen Ländern, die offiziellen Mitteilungen der Bundes- und Landesbehörden sowie Informationen der Deutschen Bahn und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Mehr unter <https://www.asyl.net/schutzsuchende-ukraine>.

Welche Folgen der Krieg gegen die Ukraine auf die Fluchtmigration nach Deutschland haben könnte

Deutschland zählte in der Vergangenheit nicht zu den wichtigsten Zielländern der Migration aus der Ukraine. Doch vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Ukraine ist eine erhebliche Umlenkung von Migrationsbewegungen vorstellbar. Zu diesem Schluss kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in seinem Forschungsbericht 02/2022 mit dem Titel „Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung“. Auf Basis der Einordnung der aktuellen Situation und möglicher Entwicklungen werden auch politische Handlungsoptionen benannt für eine schnelle Integration der Geflüchteten in Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Gesellschaft. Mehr unter <https://www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/K220302PMI>.

Übersicht zu aufenthaltsrechtlichen Fragen für Menschen aus der Ukraine in Deutschland

Ukrainischen Bürger*innen sowie Drittstaatsangehörigen, die einen internationalen oder nationalen Schutzstatus in der Ukraine hatten, wird ab dem 24. Februar 2022 ein pauschaler Schutzstatus ohne aufwändiges Prüf- und Asylverfahren zugesprochen. Zunächst gilt dies für ein Jahr, kann aber auf bis zu drei Jahre verlängert werden. Durch die Anwendung der Richtlinie erhalten Menschen aus der Ukraine eine Arbeitserlaubnis, soziale Absicherung und Zugang zu Bildung.

Die Organisation Minor hat eine Übersicht zu aufenthaltsrechtlichen Fragen für Menschen aus der Ukraine in Deutschland zusammengestellt: <https://bit.ly/3CG2ziP>. Darin sind Informationen zum jeweils aktuellen Stand der Rechtslage zu finden.

Handbook Germany informiert ebenfalls über die Einreise und den weiteren Aufenthalt für Menschen aus der Ukraine in Deutschland. Des Weiteren werden dort Möglichkeiten zur Unterstützung und Hilfe für Menschen aus der Ukraine aufgelistet: <https://bit.ly/3taJ1Qh>.

Vorsicht vor Ausbeutung und Menschenhandel

Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, kommen in Deutschland vor allem in Bahnhöfen an. Dort helfen ihnen Freiwillige, einige bieten ihnen einen Schlafplatz in einer privaten Unterkunft oder Transportdienste an. Unter ihnen können sich auch Personen befinden, die die Notlage der Frauen ausnutzen wollen. Um dagegen vorzugehen, hat Caritas Europa ein Papier „Vorsicht vor Ausbeutung und Menschenhandel“ veröffentlicht. Es ist den Nachrichten angehängt.

Der Hessische Rundfunk hat am 09.03.2022 in seiner Sendung „maintower“ über dubiose Wohnangebote von Männern berichtet und IN VIA zu Hintergrundinformationen angefragt: <https://bit.ly/34I9hrT>.

Auch der Deutschlandfunk griff das Thema auf. In dem Bericht fordert Monika Cissek-Evans von der Beratungsstelle Jadwiga in München, ankommende Frauen über ihre Rechte aufzuklären und sie vor unseriösen Angeboten zu warnen: <https://bit.ly/3ug99c7>.

Europaweite Petition für die Anerkennung der besonderen Asylgründe für Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen

Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zwingt viele Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen dazu, aus ihren Ländern zu fliehen und in der Europäischen Union Asyl zu suchen. In der europaweiten Petition „Feminist Asylum“ fordert ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen die Anerkennung der spezifischen Asylgründe von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen, die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Übereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie erleichterte rechtliche Möglichkeiten zur Beantragung von Asyl in der Europäischen Union. Die Petition kann online unterzeichnet werden.

Mehr unter <https://feministasylum.org/?lang=de>

Bahnhofsmission

Hilfen an den Bahnhöfen für Flüchtlinge aus der Ukraine

Da die Flucht der Menschen vor dem Krieg in der Ukraine bisher primär über die Schiene organisiert wird, sind die Bahnhöfe erneut zu Krisenzentren geworden.

Austausch und Vernetzung zur Unterstützung der Ukraineflüchtlinge

Die Bundesvorsitzenden haben sich inzwischen mit zwei Rundschreiben an die Bahnhofsmissionen gewandt. Zur Vernetzung der Bahnhofsmissionen untereinander und zum Austausch von Informationen zur Bewältigung der Herausforderung durch die massenhafte Flucht von Menschen aus der Ukraine wurde ein Signal-Kanal eingerichtet: <http://bitly.ws/pgXy>.

Darüber hinaus lädt die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig zu Video-Austauschtreffen ein.

Bundespolizei warnt vor kriminellen Übergriffen auf Ukraine-Flüchtlinge

Siehe die Warnungen auf Deutsch, Ukrainisch und Russisch in der Anlage.

Die DB verbreitet die Warnungen unter anderem über ihre Screens an den Bahnhöfen.

Willkommensfahrten für Reisende aus den ukrainischen Kriegsgebieten

Freiwillige aus den Bahnhofsmissionen Frankfurt, Dortmund, Düren, Osnabrück und Berlin unterstützen beim Aufbau von Begleitfahrten zwischen Frankfurt/Oder und Berlin. Aufgabe der Begleiter*innen ist es, allgemeine Informationen an die Reisenden zu geben und in enger Kooperation mit den Akteuren am Bahnhof Frankfurt/O. und Berlin/Hbf. Reisende mit besonderen Hilfebedarfen wahrzunehmen und so die Unterstützung am Zielbahnhof vorzubereiten. Das Projekt ist an die Bahnhofsmission am Berliner Hauptbahnhof angebunden. Die Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmission unterstützt das Projekt personell und organisatorisch. Kurzfristig werden neue Freiwillige, unter ihnen viele DB-Mitarbeitende, in Berlin und Frankfurt/O. geschult. Die Deutsche Bahn Stiftung fördert das Projekt finanziell.

Maskenspende

Die Bahnhofsmission Freiburg hat eine Maskenspende (Stückzahl 230.000) der Firma SNL-Global GmbH mit Sitz in Waldkirch für alle Bahnhofsmission vermittelt. DB Schenker hat sich bereiterklärt, die Masken kostenlos auszuliefern.

Literatur & Webtipps

Institut für Arbeitsmarktentwicklung und Berufsforschung: Veränderungen der Arbeitswelt durch künstliche Intelligenz

Anwendungsmöglichkeiten und Auswirkungen des Einsatzes künstlicher Intelligenz auf den Arbeitsmarkt werden breit diskutiert. Welche Folgen für Beschäftigung, Löhne und Qualifikationsanforderungen sind zu erwarten? Birgt die Nutzung automatisierter Entscheidungssysteme (z.B. für die Personalauswahl) ein Diskriminierungsrisiko? Wie wirkt sich der Einsatz von künstlicher Intelligenz auf

die Arbeitsqualität aus? Diese Infoplattform stellt Literatur zum Stand der Forschung zusammen. Mehr unter <https://bit.ly/34seMuP>.

Termine & Tagungen

Aktionswochen rund um den Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März

„Haltung zeigen“ heißt das diesjährige Motto der UN-Wochen gegen Rassismus. Bundesweit laden Wettbewerbe, Plakate, Workshops, Poetry-Slams und Selfie-Aktionen dazu ein, vor Ort oder digital mitzumachen. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden vom 14. bis 27. März 2022 statt. Im digitalen Veranstaltungskalender können Veranstaltungen unter anderem nach dem Tag, den Veranstalter*innen, der Stadt und verschiedenen Schlagwörtern gefiltert werden.

Mehr unter <https://stiftung-gegen-rassismus.de/veranstaltungen>.

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **"Mütter stärken! - Aber wie?" - Unterstützung für einen "systemrelevanten Bereich" in bewegten Zeiten.** 24.03.2022, 9:30-16:45 Uhr, Paderborn. Mütter leben heute - nicht erst seit Coronazeiten - unter einem enormen Druck, was die Care-Arbeit, Vereinbarkeit mit dem Beruf und Verantwortung für den Familienalltag angeht. Ein ressourcenorientierter Ansatz in der fachlichen Begleitung soll die Mütter stärken und ihre Handlungskompetenz erhöhen. Mehr unter <https://bit.ly/3MS69ek>.

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- **Stimmt die Stimme? Die eigene Stimme nutzen und genießen.** 02.05.-04.05.2022, Kall-Steinfeld. Wann immer Sie mit Menschen zu tun haben - Ihre Stimme bewegt Andere: In Gesprächen stoßen Ausdruck und Stimme beim Gegenüber auf deutlich mehr Aufmerksamkeit und hinterlassen nachhaltigere Wirkung als der Inhalt des Gesagten. Sie erarbeiten, wie Sie mit Ihrer Stimme im Raum und in Beziehungen bestimmte Wirkungen und gemeinsame Stimmungen erzielen. Mehr unter <https://bit.ly/3tZSyc5>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Barbara Denz/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.03.2022
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de